

Es gilt das gesprochene Wort

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

17. – 19. Dezember 2008

MdL Peter Ritter

TOP 31

Grundlagen für Piraterie entziehen- sinnvollen Einsatz der deutschen Marine am Horn von Afrika durchsetzen
Drucksache 5/2061

**Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren,
zum Jahresende präsentiert die NPD-Fraktion noch einmal die ganze Bandbreite ihres parlamentarischen Nicht-Könnens.**

**Vorliegender Antrag ist
erstens schlecht recherchiert,
vermengt
zweitens alle Schreckgespenster, die die NPD regelmäßig an die Wand malt,
und widerruft
drittens bisherige Positionen der NPD.**

Zu erstens:

Die von der NPD-Fraktion angesprochene und die vom Bundestag zu gestattende aktuelle Bekämpfung der Piraterie ist nicht Bestandteil der militärischen Operationen im Rahmen von „Enduring Freedom“, sondern Bestandteil des EU-Einsatzes „Atalanta“.

Es geht ferner nicht nur um die Verhinderung von „zuwiderlaufenden Fängen ...der europäischen und asiatischen Fischfangflotten...vor der Küste Somalias...“, sondern auch und vor allem um die Sicherstellung von Transporten des Welternährungsprogramms, die zu 90 % über den Seeweg abgewickelt werden. Es geht um die Verhinderung des Versenkens von Giftmüll und um die Verhinderung von illegalem Fischfang.

Zu zweitens:

Die NPD nutzt diesen Antrag, um erneut das Gespenst der polnischen Piratenfischerei, das Gespenst der ungezügelter Einwanderung, das Gespenst der Ausplünderung der Sozialkassen zu thematisieren.

Das aber entspricht den wichtigsten Formen des Agierens der NPD:

**Ängste schüren,
Sprüche klopfen,
an Problemlösungen nicht interessiert sein.**

Zu drittens:

Europa- und Weltpolitik bisher immer ablehnend, entdeckt die NPD nunmehr eine „... europa- und weltpolitische Verantwortung der Bundesregierung“.

Und:

Noch vor wenigen Wochen forderte die gleiche NPD-Fraktion hier im Parlament die sofortige Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Mit dem heute vorliegenden Antrag fordert die NPD die Landesregierung auf, sich via Bundesratsinitiative für ein „robustes Mandat“ der Marine einzusetzen.

**Was also wollen Sie wirklich, meine Herren?
Heute hüh- und morgen hot?**

Sie glauben doch nicht allen Ernstes, dass wir solchen schlecht recherchierten alle Schreckgespenster an die Wand malenden und schließlich in sich widersprüchlichen Anträgen zustimmen!

**Meine Damen und Herren,
in meiner Erwiderung zum schon erwähnten Antrag der NPD-Fraktion zum sofortigen Stopp aller Auslandseinsätze der Bundeswehr, habe ich ausführlich zu den unterschiedlichen Positionen der demokratischen Fraktionen zu dieser Thematik hingewiesen.**

Eine erneute Aufzählung dessen will ich mir daher heute ersparen.

Ich will aber noch einmal deutlich sagen, dass genau darin unsere Stärke besteht.

Wir haben zunehmend gelernt, mit unterschiedlichen Positionen umgehen zu können und im Wissen darum, den Meinungsstreit mit Wählerinnen und Wähler zu führen und gleichzeitig populistische Anträge der NPD abzulehnen.

Unterschiedliche Positionen, da bin ich mir sicher, gibt es unter den Demokraten und unter Völker- und Verfassungsrechtlern auch hinsichtlich der Bekämpfung der Piraterie.

Zunächst ist festzustellen, dass es sich hierbei um kein neues Phänomen handelt.

Der Völkerrechtler von Heinegg stellt dazu in einem Interview bei „Welt-online“ fest:

„Viele denken bei Piraterie noch an das Klischee von Freibeutern mit schwarzer Augenklappe und Holzbein, also an ein historisches Phänomen. Das aber ist es nicht.

Wir haben seit Jahren regelmäßig Hunderte bewaffnete Raubüberfälle auf See, vor allem in asiatischen und südamerikanischen Gewässern.

Die Zahl der Piratenüberfälle am Horn von Afrika ist allerdings tatsächlich in jüngster Vergangenheit eklatant gestiegen.

Das hat mit dem Fehlen einer effektiven Regierungsgewalt in Somalia zu tun, die auch nur halbwegs in der Lage wäre, für Sicherheit zu sorgen.“

Die Zunahme der Piraterie, allein 2007 wurden weltweit 260 Kaperangriffe von Piraten auf Handelsschiffe gezählt, ließ den Ruf nach internationalen Lösungen laut werden.

Auf Grundlage des internationalen Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen und entsprechende Resolutionen des UN-Sicherheitsrates aus dem Jahr 2008 entstand die EU-Mission „Atalanta“.

Die rechtlichen Grundlagen für den Einsatz der deutschen Marine innerhalb dieser Mission sind verfassungsrechtlich umstritten.

Zwei Strategien werden dabei verwendet.

Zum einen wird der Artikel 87 a Abs. 2 des Grundgesetzes angesetzt, zum anderen wird auf Artikel 25 Grundgesetz in Verbindung mit dem Völkergewohnheitsrecht verwiesen.

Besonders strittig ist dabei die Ermächtigung des EU-Beschlusses, dass Soldaten auch polizeiliche Aufgaben, wie Aufgreifen, Festhalten und Überstellen von Verdächtigen durchführen dürfen.

So strittig die verfassungsrechtlichen Fragen sind, so strittig sind auch die Positionen der demokratischen Parteien.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Peter Struck, bewertet den Einsatz der Marine gegen Piraten als Kampfeinsatz.

Der FDP-Verteidigungsexperte Rainer Stinner, kritisierte den Einsatz als „nach wie vor halbherzig...“, denn „...eine aktive Rolle der Bundesmarine im Kampf gegen die Piraterie ist kaum zu erkennen.“

Die CDU-Bundestagsfraktion begrüßt den Einsatz, während die Grünen von einem Armutszeugnis sprachen und forderten, dass das „...Neben-, Durch und Gegeneinander der Bündnispartner in drei verschiedenen Operationen...“ besser koordiniert werden müsse.

Der Sicherheitsexperte der Fraktion DIE LINKE im Bundestag kritisierte die Untergrabung der Kontrollrechte des Parlaments und sagte: „Die informellen Zusagen der Bundesregierung und der bereits erfolgte Start der Mission „Atalanta“ degradiert den Bundestagsbeschluss zu einer lästigen Formsache“.

Meine Damen und Herren, angesichts dieser unterschiedlichen Positionen und Bewertungen bin ich persönlich nahe bei dem Leiter des ostafrikanischen Seeleute-Programms Andrew Mwaguara, der sagte, dass das Problem allein militärisch nicht zu lösen sei. Vielmehr müsse die Ursache des Problems, die Armut, bekämpft werden.

Auch der Wehrbeauftragte des Bundestages Robbe mahnte im Nachrichtensender N24: „Sonst macht dieser Einsatz langfristig keinen Sinn“.

Und hier kommen wir wieder zur NPD. Den antragstellenden Herren, das wissen wir aus der Programmatik der NPD, ihren historischen Wurzeln und ihrem aktuellen Agieren, ist die Bekämpfung der Armut in Afrika letztendlich vollkommen egal.

Und auch deshalb werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen.

Meine Damen und Herren, zum Schluss meiner Rede möchte ich den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, die sich Auslandseinsatz befinden, herzliche Grüße zum bevorstehenden Weihnachtsfest übermitteln.

**Verbunden sind diese Grüße mit der Hoffnung,
dass sie unverehrt in die Heimat zurückkehren.**

**Verbunden sind diese Grüße mit der Hoffnung,
dass es die Gemeinschaft der Völker endlich lernt,
dass sich auf Bajonettspitzen auf Dauer
Frieden und Gerechtigkeit nicht erzwingen lassen.**

**Mit „Friedensverpflichtung „ und „Gewaltfreiheit“
ist der von uns gemeinsam in die Landesverfassung
eingefügte neue Artikel 18 a überschrieben.**

**Machen wir diesen Verfassungsartikel zur Richtschnur
unseres Handelns.**

**Dann haben die Feinde der Demokratie und der Verfassung
in unserem Land auf Dauer keine Chance.**